

Economic Governance



FISKAL- UND WÄHRUNGSUNION



- "Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt., (Jean-Claude Juncker)

Wirtschaftspolitische Maßnahmen



- Barroso spricht von einer stillen Revolution

Pakt für Wettbewerbsfähigkeit



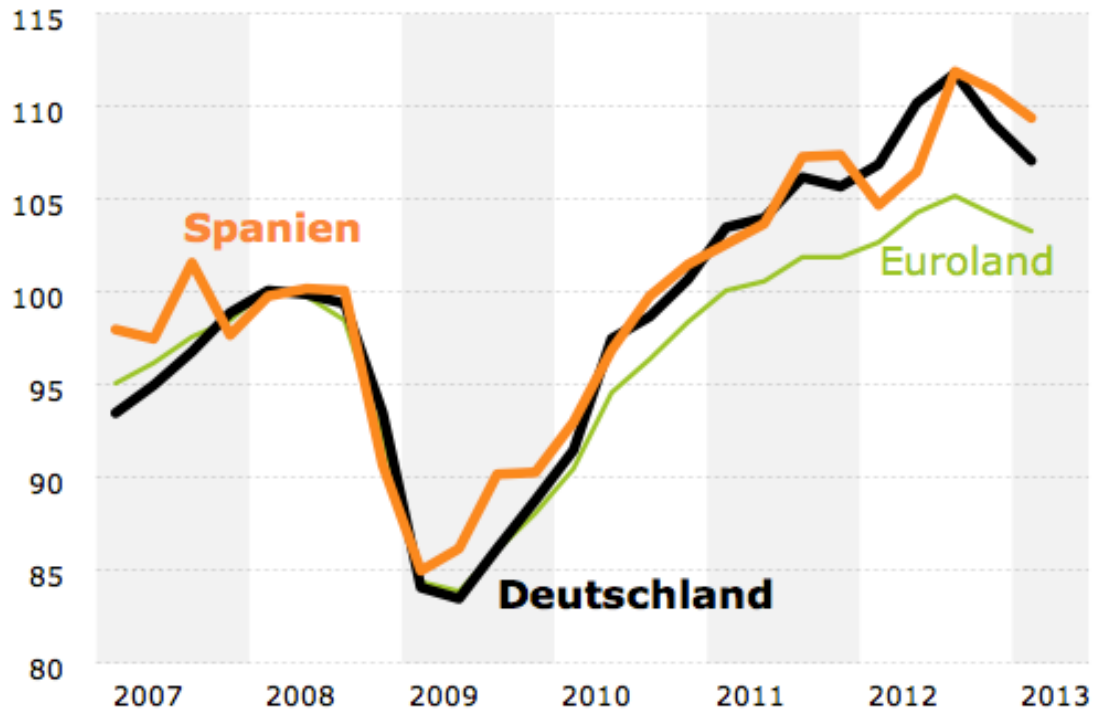
- Was heißt Wettbewerbsfähigkeit
 - EU intern
 - Global
- Gedacht als Krisenlösung
- Schon im Lissabonvertrag festgeschrieben
- Mythos: Höhe der Lohnstückkosten bestimmt Wettbewerbsfähigkeit
- Schockstrategie (Naomi Klein)
- Wegbereitung
 - IWF: Europa im Vergleich rückständig
 - Schäuble im Spiegelinterview
 - Merkel Rede in Davos
 - Sachverständige
- Tricks in der Argumentation
 - Draghi auf Gipfeltreffen

Wettbewerbsfähigkeit



Achtung: Wettbewerbsfähigkeit!

Exporte von Waren und Dienstleistungen, saison- und arbeitstäglich bereinigt
in Vorjahrespreisen und Wechselkursen von 2005
(indiziert, 1. Halbjahr 2008 = 100)



Quelle: Eurostat, www.weitwinkelsubjektiv.com

Europäisches Semester



- Haushaltspläne gehen zuerst an Kommission, dann erst in die Parlamente
- Zu Beginn des Jahres (im Januar) Vorlage der Kommission
- Ziel, Wirtschaftspolitik der Länder aufeinander abzustimmen
- Wird von der Kommission vorgelegt, vom Rat beschlossen
- Danach evaluiert

Six- Pack - Sanierungspfad



- Die Mitgliedsstaaten, insbesondere der Eurozone, verpflichten sich zu **mittelfristig ausgeglichenen Haushalten** und jährlichen Defizitsenkungen. Abweichungen vom Sanierungspfad werden bestraft.
- **Schuldenregel**, bei einer Schuldenquote von über 60 Prozent jährlich um 1/20 des Mehrbetrags eingespart werden muss.
- **Manipulation von Statistiken** wird mit Strafen belegt.
- Für die Entscheidung über die Verhängung von **Sanktionen** kommt ein umgekehrtes Mehrheitsverfahren zum Einsatz.
(Dabei gilt die durch die Europäische Kommission vorgeschlagene Sanktion als angenommen, wenn der Rat der FinanzministerInnen nicht innerhalb von zehn Tagen mit qualifizierter Mehrheit dagegen stimmt.)

Six- Pack - Wirtschaftliche Ungleichgewichte



- Importüberschuss 4% BIP
- Exportüberschuss 6 % des BIP

Euro-Plus-Pakt



- **Drei Gruppen**
 - **Mitglieder, die unter den Rettungsschirm fallen**, geben ihre Souveränität ab , Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt, Mindestlöhne reduziert, Renten gekürzt
 - **Euro-Plus-Länder** (Regierungschefs sind beigetreten) verpflichten sich jährliche Zielvorgaben und Verpflichtungserklärungen abzugeben
 - Staaten, die nicht beigetreten sind: UK, Schweden, Ungarn, Tschechien

Tarifliche Maßnahmen



- Tarifautonomie gilt nur im Rahmen der ermittelten Produktivitätsentwicklung
- Dezentralisierung der Lohnfindung, Lohnpolitik nach betrieblicher Kassenlage
- Lohnspreizung zwischen Branchen und Betrieben

Soziale Sicherungssysteme



- Koppelung des Renteneintritts an die Lebenserwartung (Beschäftigung der älteren Arbeitnehmer soll gesteigert werden)
- Anstieg der Gesundheitsausgaben soll überprüft und möglichst begrenzt werden

Gemeinschaftsmethode



- Nicht im Rahmen der Gemeinschaftsmethode (Diese Politikfelder laut Vertrag von europäischen Eingriffen ausgenommen)
- „freiwillige“ Vereinbarung
- Eingriffe in Politikbereiche, die sonst keine Eingriffsmöglichkeit bieten
- Ohne europäisches Parlament
- Vertragliche Vereinbarung mit Kommission (Two Pack)

Geplante Maßnahmen



- Two-Pack
- Veto-Position des Währungskommissars*
- Eurozonen-Budget*
- Bankenunion

* vorgeschlagen, aber vom Rat noch nicht beschlossen

Ziele



- Politik der Strukturanpassungen auf alle Länder zu übertragen
- Umbau sozialer Sicherungssysteme
- Arbeitsmarktpolitik
- Struktur des öffentlichen Dienstes
- Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Infrastruktur

Two-Pack



- Zweiseitige Verträge zwischen Kommission und Nationalstaaten
- Grundlage: Empfehlungen des europäischen Semesters (bisher nicht verbindlich)
- Stehen neben europäischem Recht (Vorschlag Bundesregierung)
- Ja/Nein-Abstimmung
- Ziel: Memorandenpolitik zu institutionalisieren
- Memorandopolitik
 - Griechische Lohnpolitik nicht in Athen
 - Portugiesische Rentenpolitik nicht in Lissabon
 - Spanische Arbeitsmarktpolitik nicht in Madrid,
 - Von Troika

Kompetenzausbau des Währungskommissars



- Veto-Recht gegen nationale Haushalte
- Eine einzelne Person wäre damit berechtigt, in der gesamten EU Entscheidungen der gewählten Parlamente zu torpedieren.

Eurozonen-Budget



- In der Eurozone gibt es keinen Modus der parlamentarischen Kontrolle
- Es werden öffentliche Gelder der demokratischen Sphäre entzogen. (Bundesregierung fordert gleichzeitig Eurozonen-Budget und Kürzung des EU-Etats)
- EU-Sprech: Es sollen Anreize geschaffen werden, »strukturelle Schwächen« zu bekämpfen
- ins Deutsche übersetzt: Es soll der am meisten von dem Budget profitieren, der die radikalsten Kürzungsprogramme umsetzt.

Pakt für Wettbewerbsfähigkeit



- Ziele schon im Lissabonvertrag
- Zieht sich durch deutsche Politik
 - Merkel
 - Steinbrück
- Die Zeit drängt
 - Strukturreformen nur im Schockzustand durchsetzbar
- Realitätswahrnehmung der Politiker
 - Erfolge am Arbeitsmarkt
 - Konsumstärke der Deutschen Volkswirtschaft

Wettbewerbspakt



- Abschaffung von Lohnindexierungssystemen
- Gegenseitige Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen zur Förderung der Arbeitsmobilität in Europa
- Schaffung einer einheitlichen Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftsteuer
- Anpassung des Rentensystems an die demographische Entwicklung (z.B. Renteneintrittsalter)
- Verpflichtung zur Verankerung einer „Schuldenbremse“ in die Verfassungen der Mitgliedstaaten
- Einführung nationaler Krisenbewältigungsregime für Banken

Beifall



- Business Europe (europäischer Unternehmenslobbyverband)
- Deutschland: Erfüllung der Forderung der INSM